

Klimaschutz durch Innovation und Anreize – Menschen mitnehmen statt bevormunden.

Beschluss

des Kreisverbandsausschusses am 18.05.2019 in Husum:

- Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND lehnt eine CO₂-Steuer ab.
- Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND lehnt weitere Energiebesteuerungen ab, die zu weiteren Steigerungen von Kosten für Industrie, Unternehmen und Verbraucher führen.
- Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert stattdessen:
 - Eine internationale Ausweitung und Intensivierung des Handels von Emissionszertifikaten als Steuerungsmöglichkeit:
 - Zur Ausweitung: Eine Erweiterung der Liste im Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU-ETS) in dessen Phase 4 (2021-2030).
 - Zur Intensivierung: Eine erhöhte Reduktionsquote bei diesen um jährlich 3-4 Prozent sowie eine jährliche Anpassung der Anzahl derer auf dem Markt durch die Europäische Union.
 - Langfristig ein neues internationales System mit möglichst vielen Beteiligten aus Industrie- und Schwellenländern mit gleichwertiger Marktbeteiligung.
 - Schaffung neuer Anreize zum Einsparen von CO₂-Emissionen über Technologien sowie alternativer Kraftstoffe und neuer Systeme über Steuererleichterungen und Förderung für Unternehmen (System der Belohnung/Entlastung)
 - Bei allen Bestrebungen keine zusätzlichen Lasten von Steuerzahlern über das jetzige Maß hinaus.
 - CO₂-Einsparungen international durch Technologieeinsatz und Förderung (bspw. Recyclingwirtschaft, Filteranlagen, erneuerbare Energien) als zusätzlichen und ausgeweiteten Schwerpunkt in der Entwicklungshilfepolitik
 - CO₂ in der Kreislaufwirtschaft zu nutzen und neue Wege hierfür zu fördern (bspw. Power to X), statt es im Erdreich zu Verpressen.
 - Neues Engagement der Bundesrepublik im Bereich des Geo-Engineerings (bspw. Algenzucht), sowie eine grundsätzliche Technologieoffenheit.

Begründung:

In den vergangenen Tagen kam innerhalb der Koalition von CDU/CSU und SPD in Berlin der Vorschlag einer „CO₂-Steuer“ in die Öffentlichkeit. Im Zuge dessen positionierten sich unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Ministerpräsident Daniel Günther. Dadurch, dass die Arbeiten am Klimaschutzgesetz laufen, wird es zunehmend wichtiger, mit eigenen Positionen und Konzepten zu antworten. Die Union darf in entscheidenden Fragen nicht der politischen Linken hinterherlaufen.

Da der Klimawandel nur durch internationale Zusammenarbeit abgemildert werden kann, müssen verbindliche Konzepte mindestens auf Ebene der Europäischen Union entwickelt und umgesetzt

werden. Die globalen Dimensionen müssen dabei von allen Seiten betrachtet werden. Einzelne nationale Maßnahmen, die zu Mehrbelastungen führen, sorgen für lediglich Abwanderung und Verlagerung ins Ausland. Eine komplette Umgestaltung des deutschen Steuersystems und der Sozialversicherungssysteme wie häufig vorgeschlagen wird, erscheint zudem vor dem Hintergrund des Umfangs und unserer föderalistischen Staatsstruktur unrealistisch.

Zudem stellt sich auch die Frage, was dies für Lieferketten bedeutet. Das Elektroauto dürfte beispielsweise durch seine Rohstoffe für die Batterien erheblich teurer werden, was bisherigen Förderungsbestrebungen zuwiderläuft. Daneben wird CO₂ bereits unter anderem durch die Mineralölsteuer erheblich besteuert.

Eine effektive Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft ist nicht durch weitere Belastungen und überbordende Restriktionen zu schaffen, sondern durch gezielte und konsequente Anreize. Die von der Union inzwischen beinahe vergessene Steuerentlastung und -vereinfachung können hierfür ein effektives Werkzeug sein, einst gesetzte politische Ziele zur Entlastung der Mitte mit dem Anreiz zum Einsparen von Emissionen zu vereinen. In einer Welt des globalen Wettbewerbs besteht hierin eine große Chance für Wirtschaft und Klimaschutz. Deutschland darf nicht zu einem Negativbeispiel werden, sondern kann stattdessen ambitioniert und positiv vorangehen.

Solange es die konjunkturelle und fiskalische Lage zulässt, muss dies noch geschehen. Sobald eine Rezession einsetzt, wird jeglicher Spielraum verloren gehen. Die politische Linke darf hier keine Abwärtsspirale in Gang setzen.

Die Union darf sich in der Klimapolitik nicht weiter auf den Pfad des Populismus und Aktionismus (Ausstieg aus Atomkraft und Kohleausstieg) begeben.